

Zusammenfassung

Die unabhängige Friedensgruppe "Bürger für den Frieden" lud am Abend des 28. Juni zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema der Bundeswehreinätze im Ausland mit dem vorrangigen Gesichtspunkt der Völkerrechtswidrigkeit ein. Die Veranstaltung war gut besucht, was darauf schließen lässt, dass den meisten Menschen dieses Thema unter den Nägeln brennt.

Prof. Dr. Großklaus, Literatur- und Medienwissenschaftler aus Karlsruhe, wies darauf hin, dass mit den Bundeswehreinätzen im Ausland Angriff und Verteidigung vermischt werde. Der Begriff "Präventivkrieg" diene als Freibrief für die Ausübung von Herrschaft und Verteidigung werde als globaler Missionsauftrag missverstanden. Alte koloniale Herrschaftsstrukturen werden wiederbelebt unter der Doktrin der "Kampf gegen die Mächte der Achse des Bösen". Er betonte das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, um im vorab Konflikte zu vermeiden. Er sagte weiter, der deutschen EU-Ratspräsidentin Merkel hätte es gut angestanden, eine europäische Charta der Konfliktlösung zu entwerfen. Angriffskriege müssten generell geächtet werden.

Die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Kottling-Uhl, benannte die Rohstoffe als den wahren Grund für die Kriege der jüngeren Zeit, die nach außen unter dem Deckmantel "Wahrung der Menschenrechte" und der Einführung demokratischer Strukturen geführt werden. Der Kampf der Kulturen, in dem der Islam die Bedrohung der westlichen Welt darstellt, habe sich inzwischen umgedreht in dem Sinne, dass der Westen den Osten vernichtet.

Monika Knoche, MdB der Linken, grenzte sich ganz klar von allen Kriegseinsätzen ab, weil mit der Zustimmung zu Kriegen auch die Moral unserer Gesellschaft auf dem Spiel steht. Terror sei nicht mit Krieg zu bekämpfen. Die Zivilbevölkerung sei immer die eigentliche Zielscheibe und trage damit das Leid. Die Klage der Linken beim Bundesverfassungsgericht ist daher auch gegen die neue NATO-Doktrin gerichtet, die eine neue Ära von Kriegen um Ressourcen eingeläutet hat.

Im Gegensatz zu der Völkerrechtsexpertin Bentfeld sieht der SPD-Bundestagsabgeordnete Jung die bisherigen Einsätze der Bundeswehr im Ausland unabhängig von Völkerrecht und Verfassung als notwendig an, um in den Krisenregionen die Demokratie einzuführen. Er beklagte, dass das deutsche Volk nicht bereit sei, die notwendigen finanziellen und persönlichen Opfer – auch Menschenleben - dafür zu bringen.

Die Juristin und Völkerrechtsexpertin Bentfeld stellte klar, dass es kein UNO-Mandat für OEF (Operation Enduring Freedom) gibt. Es liegt auch insbesondere kein Selbstverteidigungsfall zugunsten der USA vor. Somit ist OEF völkerrechtswidrig. Trotzdem beteiligt sich die Bundesrepublik mit Soldaten (KSK und Marine) an OEF. Die ISAF (International Security Assistance Force) hatte von Anfang an (2001) ein Mandat der UNO. Durch den Einsatz der Tornados werden ISAF und OEF vermischt. Damit wird auch der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von ISAF verfassungswidrig. Die deutsche Beteiligung an OEF und nunmehr auch an ISAF ist auch nicht vom NATO-Vertrag gedeckt. Die strategischen Sicherheitskonzepte der NATO seit 1999 haben nichts mehr mit dem ursprünglichen Vertrag von 1949 zu tun. Die Einsätze verstoßen deshalb auch gegen das Grundgesetz. Um die Menschen wieder vom Krieg zu befreien und andere davor zu bewahren, muss das Völkerrecht mit emotionaler Kraft von jedem eingefordert werden.

Die Arbeit von "Bürger für den Frieden" gibt den Menschen im Land eine Stimme. Die Veranstaltungsteilnehmer gaben deutlich zum Ausdruck, dass sie gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr sind. Bemerkenswert waren die fundierten Begründungen einer solchen Ablehnungshaltung, die vonseiten der Politiker leider nur von Frau Knoche uneingeschränkt geteilt wurde.

Weitere Informationen und Kontakt unter: www.buerger-fuer-den-frieden.de